

N° wim24	April 2009	LATEINAMERIKAGIPFEL <i>Wilhelm Mindler</i> wmindler@cantv.net wmindler@gmail.com
----------	------------	---

1. MEINUNGSMANIPULATION und verkehrte Logik

WWF UND DIE WELTBANK: was richtig ist, kommt ganz auf den Standpunkt an

EL PAÍS und CNN wissen es natürlich besser

Kleine Lektion über Gut und Böse: DEMOKRATIEN UND LÄNDER DIE ES NICHT SIND

Kokain vs. Marihuana

Judenverfolgung in Venezuela

Roxana Saberi und die "fünf kubanischen Helden"

USA: Verfassungswidrige Militärhilfe an Israel

Inseln: Malvinas und Diego García

2. KURZMELDUNGEN

KUBA tanzt wieder mit im internationalen Reigen

BOLIVIEN: endlich, endlich, die neue Verfassung

AUSWIRKUNG DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE AUF LATEINAMERIKA

3. FÜNFTER GIPFEL DER AMERIKAS mit 34 Staatsoberhäuptern

Erwartungen und Befürchtungen

Diplomatische Querschüsse aus den USA

Obama in Mexico

ALBA-Gipfel

Ablauf des Gipfels der Amerikas

Die Schlusserklärung

Einfluss der Vorurteile und Reaktionen

Prognose für den 6. Amerikagipfel

Was offen bleibt

1. MEINUNGSMANIPULATION und verkehrte Logik

WWF UND DIE WELTBANK: was richtig ist, kommt ganz auf den Standpunkt an

Vor einigen Jahrzehnten pumpte das international Kapital Kredite und noch mehr Kredite nach Lateinamerika, das als sicher galt. Als dann die Länder eines nach dem anderen kollapsierten, hatten der Weltwährungsfonds (WWF) und die Weltbank ein einfaches Rezept: Gürtel enger schnallen, die Zahlung der Schulden hat Vorrang, auch wenn dabei ein paar Leute verhungern. Sozialen Unruhen kann man ja niederschlagen, vor allem wenn man auf rechte Diktaturen zählen kann.

Derzeit sind die USA pleite und auch Europa. Das Rezept für die Industrieländer ist jetzt genau das Gegenteil: die Regierungen müssen sich noch mehr verschulden und mit Steuergeld den Banken unter die Arme greifen.

Einige Leute sehen einen Widerspruch zwischen diesen diametral entgegengesetzten Rezepten. Dieser Widerspruch ist aber nur scheinbar, die Grundregel hat sich nicht geändert und ist denkbar einfach: gut und ökonomisch korrekt sind jene wirtschaftlichen Massnahmen, die den Banken und dem internationalen Kapital nützen. Es kommt ganz auf den Standpunkt an: im ersten Fall sassen die Banken draussen, im letzteren sitzen sie im Zentrum des Wirbels, ihre Priorität war aber immer die gleiche: Geld, noch mehr Geld.

EL PAÍS und CNN wissen es natürlich besser

Die Ausstellung OUR BODY, wo ganze und zerstückelte echte Leichen ausgestellt werden, wurde sowohl in Venezuela als später in Frankreich mit einem Gerichtsbescheid verboten. In Venezuela wurden sie für den Zoll als Plastikpuppen deklariert, aber dann als echte Leichen fürs Publikum angekündigt. Aber falls es der Leser übersehen hat, Frankreich ist eine Demokratie und Venezuela eine als Demokratie verkleidete Diktatur. Somit über titelte El País in Spanien zwei Nachrichten über das selbe Ereignis, aber in verschiedenen Ländern, auf folgende Weise:

“Die französische Justiz verbot . . .” - “Chávez verbot . . .”.

In Frankreich gibt es eine Gewaltentrennung, in einer Diktatur wie Venezuela nicht.¹

Und dann erfährt der Leser oder Fernseher dass der venezolanische Oppositionsführer Manuel Rosales in Peru um Asyl ansucht, der erklärt er sei ein politischer Verfolgter und fürchte, er würde bei einer eventuellen Gefangennahme im Gefängnis ermordet werden. Was ihr nicht erfahren werdet ist dass dieser Mann offiziell ein sehr bescheidenes Vermögen deklarierte als er vor einigen Jahren als Gobernador des Bundesstaates Zulia gewählt wurde, während er inzwischen dutzende Landgüter in Venezuela besitzt, sowie eine Menge Häuser und Firmen in Orlando, USA, etliche auf seinen Namen, andere auf den Namen von Familienmitgliedern. Darüber zu informieren ist ja gar nicht nötig, man weiss ja ohnehin wie die Dinge in einer Diktatur laufen.²

Diese Woche resümierte CNN einen Bericht des WWF und wies darauf hind dass in Lateinamerika die Lage in Mexiko und Venezuela am kritischesten sei. Der Bericht hat sechs Seiten, informiert über Mexiko und Brasilien im Vergleich mit anderen Ländern, Venezuela wird aber überhaupt nicht erwähnt³.

Nachdem Chávez Obama ein Buch geschenkt hatte, fragte CNN auf Spanisch die Zuseher: Welches Buch sollte Obama an Chávez verschenken? Das Ergebnis:

1. Manual de Urbanidades, ein Buch über gutes Benehmen aus dem 19. Jahrhundert (ich glaube, als es geschrieben wurde, gab es noch Sklaven!)
2. Der perfekte lateinamerikanische Idiot

Nein, euer Verdacht ist unbegründet, CNN hatte keineswegs die Absicht, Chávez als Idioten zu bezeichnen, sie haben sich darauf beschränkt, die Welt objektiv über die Meinung der Zuseher zu informieren. CNN hat ja einen Kompromiss mit der Wahrheit. Fehlentscheidungen des Publikums kann man jedoch dennoch vorbeugen: am Vortag, als die Frage veröffentlicht wurde, wurden gleich die ersten eintreffenden e-mails vorgelesen. Und –welch ein Zufall- in diesen wurden genau diese zwei Bücher empfohlen.

Das grosse Sorgenkind von CNN ist derzeit Argentinien, von dort werden selektiv nur negative Meldungen gebracht⁴, und die reichen und rebellischen Grossgrundbesitzer, welche ihre Steuern nicht zahlen wollen, werden ständing als Verteidiger der Demokratie präsentiert.

¹ LeMonde.fr 30-4-2009 “La cour d'appel confirme l'interdiction de l'exposition ‘Our Body’ ” – “Trente millions de personnes ont visité des expositions anatomiques en Occident ‘sans qu'à aucun moment, aucune justice du monde n'ait songé à en interdire l'accès à quiconque’ ” – in keinem Land der **Welt** wurde die Ausstellung verboten, behaupten die Verteidiger. Glauben sie etwa, Venezuela liege auf dem **Mars**?

² Ja, nicht nur Rosales erklärt er sei ein politisch Verfolgter, laut Presseerklärungen auch Bush , Condoleeza und Cheney – Obama ist doch wirklich unverschämt, wo die Tortur doch ein Sicherheitsproblem und Staatsgeheimnis war

³ Die Regierung hat einen Sparplan beschlossen, nicht wesentliche Ausgaben werden eingeschränkt, aber die Bevölkerung hat bis jetzt kaum etwas von der Krise gespürt. Für neue Autos gibt es Wartezeiten, die Leute kaufen immer mehr so unsinnig grosse Autos, die nicht in die Parkplätze passen . . .

⁴ In der Devisenbilanz hat Argentinien derzeit einen Exportüberschuss, um den können ihnen die USA neidig sein

Zwischen den Zeilen lesen

Bucaram, Mahuad, Gutierrez, die letzten drei Präsidenten von Ecuador mussten alle vorzeitig zurücktreten. Rafael Correa brachte die Volksabstimmung für eine neue Verfassung durch, wurde soeben wiedergewählt und verspricht weitere soziale Reformen. Wie er diese finanzieren wird sei ungewiss, meinen die Medien, wo doch Ecuador von der internationalen Wirtschaftskrise erst in der zweiten Jahreshälfte betroffen würde. *Ecuador hat eine nicht orthodoxe Wirtschaftspolitik, das kann nicht gut gehen, sie werden es schon noch spüren*, meinen die ideologisch verblendeten Experten. Als Mindestzugeständnis würde ich den rechten Ideologen vorschlagen: *“trotz einer nicht orthodoxen Wirtschaftspolitik hat Ecuador bisher die Auswirkungen der Krise kaum zu spüren bekommen”*. Und ein Berichterstatter, der etwas tiefer schürft, würde vielleicht formulieren *“dank seiner nicht orthodoxen Wirtschaftspolitik . . .”*. Den Medien geht es halt nicht darum zu informieren, sondern jegliche Nachricht durch das Ideologiefilter zu pressen, auch wenn das nicht unbedingt der Wahrheit förderlich ist.

Kleine Lektion über Gut und Böse: DEMOKRATIEN UND LÄNDER, DIE ES NICHT SIND

Europa ist demokratisch, übertrifft nur von der exportreifen US-Modelldemokratie. Venezuela wird von einem als Demokrat verkleideten Diktator tyrannisiert. Das ist ja die vorherrschende Medienmeinung, auch wir sind darüber informiert und auf dem laufenden.

Das italienische Parlament ist zu träge und zu langsam. Und da kam Berlusconi auf einen neuartigen und kreativen Vorschlag: die Fraktionsvorsitzenden sollen für ihre Fraktion stimmen können. Wirklich praktisch: statt einem grossen Sitzungssaal braucht man nur einen kleinen Tisch, die Parlamentarier können inzwischen ihren Privatgeschäften nachgehen, sich im Meer baden oder ihre Gagen in Kasinos verspielen. Allen ist gedient.

Berlusconis Antwort für die Kritiker: dieses System funktioniert bereits prächtig in Frankreich – allerdings mit gewissen Beschränkungen.

Ja, richtig gehört, ein exportreifes französisches Rezept. Die Welt steht Kopf.

Aber in den USA kann sowas doch nicht passieren, dort wird ein Senator nicht so leicht auf seine Rechte verzichten und sie delegieren. Ein Senator muß ja seine eigenen Pfründe verteidigen und die einträglichen Lobbies, welche ihn umgeben.

Über Bush hat man ja vieles gehört, aber die folgende Perle ist euch sicher entgangen:

Jedes vom US Kongress beschlossene Gesetz wird dem Präsidenten vorgelegt, der laut Verfassung die folgenden Alternativen hat:

- a) Das Gesetz unterschreiben und veröffentlichen
- b) Sein Veto aussprechen. Das Gesetz geht an den Kongress zurück und kann dort korrigiert oder bei genügender Unterstützung ratifiziert werden.
- c) Und da erfand vor langer Zeit ein Schlaumeier eine dritte Alternative, welche von vielen Verfassungsjuristen als illegal angesehen wird: der Präsident bestimmt per Dekret, welche Artikel des Gesetzes verfassungswidrig sind und nicht angewendet werden dürfen. In demokratischen Ländern mit Gewaltenteilung ist eine dergleichen Entscheidung dem Verfassungsgerichtshof vorbehalten, aber in den USA wird diese Praxis unangefochten seit Generationen angewendet.

So, und jetzt die Perle: Bush hat diese Taktik 1200 (ja, eintausend zweihundert mal) angewendet, mehr als das Doppelte als alle seine Vorgänger zusammen. Obama hat einen Strich unter diese Rechnung gemacht: keine dieser von Bush verordneten Ausnahmen darf von seinen Beamten ohne vorherige Rücksprache angewendet werden. Andererseits hat auch Obama vor, diese Praxis weiter anzuwenden, allerdings verspricht er Mässigung . . .

Siehe: NYT, March 9, 2009: Obama Looks to Limit Impact of Tactic Bush Used to Sidestep New Laws

Roxana Saberi und die “fünf kubanischen Helden”

Am Samstag 21.4. war in BBC World Roxanna Saberi die Hauptmeldung, während der Amerikagipfel mit 34 Staatsoberhäuptern überhaupt nicht erwähnt wurde! Roxanna wurde in Iran als angebliche US-Spionin zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie als *free lance* Journalistin für ausländische Agenturen arbeitete, ohne ihre Tätigkeit bei den Behörden angemeldet zu haben. Eine mutige und bewundernswerte Dame, sie war als Kandidatin für Miss America unter den letzten zehn und besitzt zwei Dokorate. Ein Aufschrei geht um die freie Welt! Man kann nur hoffen, dass das Urteil von der Berufungsinstanz aufgehoben wird.

Und da erinnere ich mich an “los cinco heroes”, die fünf Helden, wie sie in Kuba genannt werden. Sie kamen aus Kuba legal in die USA und spürten illegalen Tätigkeiten (illegal in Verletzung von US-Gesetzen) einiger Exil-Kubaner nach. Als sie diese Tätigkeiten anzeigten, schritten die Behörden ein. Nicht gegen die angezeigten Täter (auch die waren ja auf ihre Art Helden und Freiheitskämpfer), sondern gegen die Anzeiger. Die Kubaner wurden als Spione verurteilt, da sie ja illegal für die kubanische Regierung arbeiteten. Wie wäre es, wenn sich Obama mit Roxanna auch gleich für die “fünf Helden” einsetzt?

Kokain vs. Marihuana

Wisst ihr eigentlich, welches Land weltweit das meiste Marihuana produziert? - - -

Aus Kokablättern wird mit einem chemischen Prozess Kokain gewonnen. Der bolivianische Präsident Evo Morales wird von den Medien regelmässig verächtlich als ehemaliger Kokabauer qualifiziert.

Die Bezeichnung “Mohnbauer” assoziiert man in Österreich vielleicht mit einem armen waldviertler Bauern, aber niemand denkt dabei an Rauschgift, die Leute kennen ja den Unterschied zwischen Mohnstrudel und Opium. Aber nicht alle wissen den Unterschied zwischen Kokatee (der sogar in Kolumbien in Supermärkten verkauft wird- aber nur Indios dürfen ihn herstellen) und Kokain.

Kolumbien ist nicht nur der grösste Kokaproduzent, sondern auch der grösste Kokainlieferant. Kolumbien bekommt US-Militärhilfe, um den Kokaanbau zu bekämpfen, die Pflanzungen werden aus der Luft mit von Monsanto produziertem Roundup (das Glifosfat und andere Giftstoffe enthält) fumigiert. Indios und andere ungebildete Leute werden gleich mitfumigiert und bekommen dann Hautkrankheiten und andere Beschwerden. Die kolumbianische Regierung streitet das ab, es gibt aber ausreichend belegte Zeugnisse. Mit dem Wind wird das Gift sogar auf Bewohner von Ecuador übertragen.

Die USA sind laut BBC und anderen Medien weltweit der grösste Marihuanaproduzent. Ein gutes Geschäft, das mehr als die Maisproduktion der USA einbringt. Schon einmal von einer Fumigierung gehört? *We are America*, und Kolumbien liegt offensichtlich auf einem anderen Planeten.

Judenverfolgung in Venezuela

Im Jänner wurde in Caracas in einer Synagoge eingebrochen und es kam zu Vandalismusakten. Die Weltpresse schrie auf! Chávez hatte nach dem Krieg gegen Gaza die Beziehungen mit Israel abgebrochen. Und jetzt das!

Ein paar Wochen später wurde in die Moschee in Caracas eingebrochen. Diese Nachricht war halt kein Aufhänger für die Medien.

Im Fall der Synagoge wurden die Behörden sofort aktiv. Die Täter wurden festgenommen und kamen vor Gericht, der von der Synagoge angestellte Wächter hatte die Alarmanlage ausgeschaltet! Besprechungen mit dem Oberrabbiner, um die Sicherheit zu erhöhen, dieser sprach der Regierung öffentlich seinen Dank aus. Auch das war keine Nachricht mehr für die Medien.

USA: Verfassungswidrige Militärhilfe an Israel

Am 9. Februar zeigte die weltbekannte Helen Thomas, bei weitem die älteste Journalistin bei derartigen Anlässen, wieder einmal ihren Scharfsinn bei Obamas Pressekonferenz. Ihre Frage war sehr einfach: „Haben sie Kenntnis von irgendeinem Land im nahen Osten, das Atomwaffen besitzt?“

Obamas Antwort lautete etwa so: “Im Bezug auf die Atomwaffen möchte ich nicht spekulieren. Was ich weiss ist folgendes: wenn wir in einer so unstabilen Gegend wie dem Nahen Orient einen Wettlauf um Atomwaffen sehen, sind wir alle in Gefahr. ...” usw.

Bei dieser unscheinbaren Frage ging es nicht um Iran, wie man vielleicht meinen könnte, sondern um Israel.

Jimmy Carter behauptete am 25.5.2008, Israel hätte zumindest 150 Atomwaffen. Mehrere Presseagenturen bestätigen diese Behauptung, auch ein israelischer Minister hat es einmal zugegeben.

Iran hat das TNP (Abkommen zur Nicht-Weitergabe von Atomwaffen) unterschrieben und erlaubt regelmässige Inspektionen, nicht so Israel.

Unter Berufung auf das FOIA (Gesetz der Freiheit der Information) wurde von der US-Regierung wiederholt Information über das Thema verlangt, welche diese verweigerte, unter Berufung auf klassifizierte (streng vertrauliche) Information.

Worum es letztlich geht: die Verfassungsreform (*amendment*) Symington aus dem Jahr 1976 **verbietet den USA jegliche Militärhilfe an Länder, welche die internationalen Abkommen über Atomenergie verletzen.**

Die bedeutendsten Empfänger der US-Militärhilfe sind derzeit, in dieser Reihenfolge: Israel, Ägypten und Kolumbien.

Warum schweigen die grossen Medien zu diesem Skandal? Wird Obama die verfassungswidrige Militärhilfe an Israel aufrechterhalten? Eine weitere schwierige Entscheidung steht ihm bevor. Vorerst kennen wir nur seine ausweichende Antwort an Helen Thomas.

Quelle: www.globalresearch.ca/PrintArticle.php?articleId=12270

Inseln: Malvinas und Diego García – Freiheit ist ein dehnbare Begriff

Als unter der Militärdiktatur Argentinien die Malvinas (von den Engländern “Falkland Islands” bezeichnet) besetzte, fuhr Margaret Thatcher mit ihrem ganzen Militärapparat auf. Es ging ja darum, die Freiheit der 1800 Schafzüchter auf den Malvinas zu verteidigen.

Diego García ist ein 44 km² kleines Atoll im Indischen Ozean das Grossbritannien gehört. Im Jahre 1966 wurde es bis 2016 an die USA als strategisch gelegener Militärstützpunkt verpachtet. Freiheit ist ein dehnbare Begriff, in diesem Fall wurden die 2000 Einwohner auf Schiffe verladen und auf die 200 km entfernte Insel Mauricio ausgesiedelt. Ein britisches Gericht erteilte ihnen das Recht, auf ihre Insel zurückzukehren. Schade um das Papier und all diesen bürokratischen Aufwand. Sie warten noch immer auf ihre Rückkehr.

Ein schweizer Abgeordneter übergab dem Europarat einen Bericht über die Benutzung der Insel als geheimes Gefängnis der USA. *Mehr Details u.a. bei Wikipedia.*

2. KURZMELDUNGEN

KUBA tanzt wieder mit im internationalen Reigen – Obama unter Zugzwang

Die USA haben inzwischen das Embargo gegen Kuba etwas erleichtert. Es blieb ihnen auch gar nichts anderes übrig, denn Lateinamerika stellte Obama vor Tatsachen: allein im Jänner 2009 haben mehr ausländische Präsidenten Kuba besucht als in den zehn vorhergehenden Jahren. Kuba wurde ausserdem wieder in diverse lateinamerikanische Foren aufgenommen.

Das politische Schachspiel beschränkt sich nicht auf Lateinamerika: Raúl Castro war in Moskau und besuchte etliche weitere Länder. Ausserdem arbeitet Kuba wieder mit der Menschenrechtskommission der UNO zusammen.

Vor ein paar Wochen informierten die New York Times, dass mehrere Gefangene bei Folterungen gestorben sind. Nicht in Kuba, sondern unter Bush in den USA oder zumindest in US-Gefangenschaft.

BOLIVIEN: endlich, endlich, die neue Verfassung

Nach vielen Hindernissen wurde in Bolivien endlich die neue Verfassung in einem Referendum mit über 60% der Stimmen beschlossen.

CNN sprach sofort von der Notwendig einer Konzertation mit der "Minderheit, die eigentlich keine Minderheit ist". Was das heissen soll, erklärten sie allerdings nicht. Ich vermute, sie beziehen sich auf eine Minderheit, die nicht mehr Wahlen gewinnen oder manipulieren kann, die sich aber nach wie vor als eigentlicher Eigentümer des ganzen Landes betrachtet. Dieser Minderheit gehören unter anderem mittelalterliche Latifundisten mit tausenden von Hektaren an, welche die indianische Bevölkerung ausbeuten. "Minderheit" ist für sie tatsächlich eine Beleidigung, das hat CNN offensichtlich mitbekommen.

Etwa hundert Gesetze sind notwendig, um die neue Verfassung durchzusetzen, und Evo Morales hat nur eine einfache Mehrheit im Parlament. Im erdgasreichsten Departamento etwa ist der Präfekt (Goberndor) ein Evo-Gegner, das Erdgas ist aber in einer von Indios bewohnten Gegend, welche zu Evo stehen. Beide Gruppen pochen auf ihre jeweilige Autonomie und wollen das grösste Stück der Torte bekommen. Da gibt es noch viele Interessenkonflikte zu schlichten.

AUSWIRKUNG DER WELTWIRTSCHAFTSKRISE AUF LATEINAMERIKA

Ein Schnupfen in den USA bedeutete in der Vergangenheit eine Lungenentzündung in Lateinamerika. Aber Lateinamerika hat es mit seinem Integrationsprozess geschafft, sich rechtzeitig einigermassen von den USA abzukoppeln. Die weltweite Wirtschaftskrise wirkt sich auch hier aus, aber wesentlich weniger als in den anderen Kontinenten. Das hat gar viele überrascht.

Prognosen sind allerdings derzeit hier wie auch anderswo nicht allzu verlässlich.

CNN zeigt ständig eine heuchlerische Besorgnis um die wirtschaftliche Zukunft von Venezuela. Als die Starreporterin Patricia Janiot kürzlich Chávez dazu befragte, antwortete er ihr ganz klar: wir haben weit mehr Devisenreserven als Schulden, wir kommen auch beim derzeitigen Erdölpreis ohne Schwierigkeiten bis Jahresende durch. Ihr solltet euch doch vielmehr um die USA sorgen, die hoch verschuldet sind und vorerst keinen Ausweg sehen.

Das venezolanische Budget wurde ursprünglich mit einem Erdölpreis von 60\$ pro Barrel erstellt und aufgrund der internationalen Krise auf einen Preis von 40\$ angepasst. Der aktuelle Preis liegt über diesem Wert. Lohnerhöhungen werden etwas gebremst, aber sonst wird es dieses Jahr anscheinend keine grösseren Schwierigkeiten geben.

3. GIPFEL DER AMERIKAS mit 34 Staatsoberhäuptern

Erwartungen und Befürchtungen

Der OEA (Organisation Amerikanischer Staaten) gehören alle amerikanischen Staaten mit Ausnahme Kubas an und die 34 Staatsoberhäupter treffen sich alle drei Jahre auf dem "Gipfel der Americas". Kuba wurde vor fast 50 Jahren als undemokratisch ausgeschlossen.

Die OEA wurde oft als ein Kolonialministerium der USA kritisiert, traditionell diktierten die USA, was zu geschehen hatte.

Beim letzten Gipfel vor drei Jahren wollte Bush die Gründung der ALCA (gesamtamerikanische Freihandelszone) durchbringen, scheiterte aber am Widerstand einiger Staaten, unter ihnen Venezuela. Zum Glück für Lateinamerika, das somit derzeit weniger von den USA abhängig ist und wirtschaftlich recht gut dasteht. Und von nun an gings bergab – für Bush, der sein Interesse mehr und mehr von Lateinamerika abwendete. Auch bei der darauffolgenden Wahl des Generalsekretärs der OEA konnten die USA ihren Kandidaten nicht durchsetzen.

Waren es damals ein paar fortschrittliche Staaten, so spannt sich derzeit der Bogen von Argentinien und Paraguay bis nach Nicaragua und El Salvador.

Der 5. Gipfel wurde vom 17. bis zum 19. April in Trinidad abgehalten und die Organisatoren waren auf das Ärgste gefasst. Die drei Plenarversammlungen der 34 Staatsoberhäupter wurden unter

Ausschluss der Öffentlichkeit abgehalten. Unbequeme aggressive Erklärungen gegen die USA konnten erwartet werden.

Diplomatische Querschüsse aus den USA

Vor zehn Jahren war Chávez die einzige dissonante Stimme, vor sieben Jahren überlebte er nur knapp einen von den USA unterstützten Putsch. Vor drei Jahren war es noch eine kleine Gruppe, welche die Gründung der ALCA blockierte. Derzeit ist Chávez eine Stimme in einem breiten Chor, und nicht einmal die aggressivste. Aber er wurde von Bush und den Medien als ERZFEIND der USA markiert und somit steht er immer im Zentrum des Rampenlichtes.

Obama erklärte sich bereit, seinen internationalen Gegnern die offene Hand auszustrecken. Wird es auf dem Gipfel ein persönliches Treffen Obama-Chávez geben, rätselten die Medien.

Chávez hat eine unglaubliche Schwäche: wenn er öffentlich kritisiert wird, schlägt er zurück, mit aggressiven Erklärungen, die vor allem ihm selbst und seinen Interessen schaden.

In den USA gibt es bedeutende Sektoren, die an einer Aufrechterhaltung des Konfliktes mit Chávez interessiert sind. Die Obama Verwaltung ist heterogen und auch in ihr sind diese Tendenzen vertreten. Somit gab es seit dem Amtsantritt von Obama beunruhigende Querschüsse gegen Venezuela aus seiner Regierung. Chávez kann man vieles vorwerfen, aber die Behauptung, er finanziere die Guerrilla in Kolumbien oder sei ein Antisemit, ist nicht aufrechtzuerhalten. Sogar Hillary und Obama selbst machten einige besorgniserregende Bemerkungen.

Lula hatte öffentlich seine Besorgnis über die Manipulationen ausgedrückt, denen Obama ausgesetzt ist. Chávez reagierte jedoch relativ gemässigt auf die erwähnten Querschüsse.

Noch am Tag vor dem Gipfel bestätigte ein Sprecher aus Washington, dass kein Kontakt zwischen Obama und Chávez vorgesehen sei.

Obama in Mexico

Am Tag vor dem Gipfel traf sich Obama kurz in Mexiko mit dem Präsidenten Calderón. Freundliche Kontakte, aber keine konkreten Ergebnisse, wie die mexikanische Presse betonte.

Alle kritischen Themen wurden ausgespart, der Akzent lag auf dem Kampf gegen den Rauschgifthandel.

Calderón führt einen erbitterten Krieg gegen die Rauschgifthändler, dieser ist brutal, die kriminellen Gruppen bekämpfen sich gegenseitig und kämpfen gegen die Behörden, Opfer werden gefoltert und zerstückelt, Polizeichefs wurden ermordet. Unvorstellbare Verhältnisse, wie man sie nur aus Kolumbien kennt.

Die Konsumenten sitzen natürlich in den USA, dort gibt es auch Verteilernetze, die niemand antastet, nur kleine Verteiler kommen ins Gefängnis. Und das illegale Geld wird in US-Banken oder ihren off-shore Filialen gewaschen. Der Kampf gegen das Rauschgift wird in Kolumbien und Mexiko geführt, und Soldaten dieser Länder verlieren ihr Leben in diesem Kampf.

Des öfteren wurde behauptet, die Guerrilla in Kolumbien bekäme Waffen aus Venezuela. Der Hauptverdächtige wäre sofort Chávez. Derartige Anschuldigungen konnten im allgemeinen aufgrund der Seriennummern klar widerlegt werden. Chávez wird sofort verantwortlich gemacht, Obama in einem ähnlichen Fall mit Samthandschuhen behandelt:

Die Rauschgifthändler in Mexico kaufen ihre Waffen in den USA. Rund 10 000 Waffengeschäfte gibt es allein in der Nähe der mexikanischen Grenze, und auch schwere Angriffswaffen werden frei verkauft.

Obama und Hillary gaben erstmals zu, dass die USA einen Teil der Verantwortung trügen und versprachen, den Konsum in den USA zu bekämpfen. Obama stellte aber sofort klar, dass er gegen den Waffenhandel machtlos sei. Dieser kann nur durch eine Gesetzesänderung eingeschränkt werden, und diese müsste er erst gegen die mächtige Waffenlobby im Kongress durchbringen.

ALBA-Gipfel

Die ALBA (Alianza Bolivariana de America) wurde von Chávez als Gegeninitiative zum ALCA (gesamtamerikanische Freihandelszone) initiiert, und ihr gehören Venezuela, Bolivien, Nicaragua, Honduras, Kuba und, wenn ich mich nicht irre, Dominica an.

Am Tag vor dem Gipfel in Trinidad hatte die ALBA ein Treffen hier in Cumaná, an dem als Beobachter die Präsidenten von Paraguay und Ecuador teilnahmen. Die zwei wichtigsten Beschlüsse:

- a) Am Gipfel in Trinidad die Wiederaufnahme von Kuba fordern. Scheint diese Forderung nicht in der Schlusserklärung auf, so wird diese nicht unterschrieben.
- b) Einführung einer gemeinsamen Währung, des SUCRE. Es handelt sich um eine virtuelle Währung, ähnlich den Sonderziehungsrechten am Beginn der EU. Diese Entscheidung sehe ich als ersten Schritt zu ähnlichen Massnahmen auf breiterer lateinamerikanischer Ebene.

Raúl Castro erklärte vor den Medien, er sei bereit, mit den USA ohne Vorbedingungen über jedes Thema zu sprechen, ohne Ausnahmen, einschliesslich Menschenrechte. Und von Hillary bekam er aus Zentralamerika sofort eine positive Antwort. In diesem Fall dienten die Medien als Vermittler.

Ablauf des Gipfels der Amerikas

Die Plenarsitzungen wurden vor verschlossenen Türen abgehalten, aber auch die Medien kamen auf ihren Teil.

Im Eröffnungsakt hatten einige der Präsidenten eine Intervention von 10 Minuten. Cristina Fernández aus Argentinien, wie immer klar und präzise, aber gleichzeitig elegant und höflich, erinnerte Obama daran, dass beim Krieg um die Malvinas die USA laut Verteidigungspakt TIAR verpflichtet waren, sich an die Seite von Argentinien zu stellen, es aber vorzogen, den Briten zu helfen.

An den Skandal Iran-Kontras können wir uns alle erinnern: die Regierung Reagan verkaufte illegal Waffen an Iran und finanzierte mit dem Gewinn trotz eines Verbotes des Kongresses den ebenso illegalen Krieg der Kontras gegen Nicaragua. Negroponte, erneut Spitzenfunktionär unter Bush II, war stark in den Skandal verwickelt.

Daniel Ortega erinnerte Obama an sein Treffen als damaliger Präsident von Nicaragua mit dem US Präsidenten Reagan, der dann diesen illegalen Krieg gegen Nicaragua führte. Nicaragua wandte sich an den internationalen Gerichtshof in Den Haag, die USA wurden verurteilt, die Minen an der Küste Nicaraguas zu entschärfen und eine Entschädigung zu zahlen. Die Minen wurden von den USA nicht entschärft, und Nicaragua wartet bis heute auf die Entschädigung.

Harte Beschwerden kamen zutage, das Klima war dennoch freundlich und entspannt. Obama konnte nur sagen, zur Zeit dieses oder jenes Ereignisses wäre er erst drei Jahre alt gewesen, oder er sei bereit zu einem neuen Anfang. Wohl nie zuvor musste ein US-Präsident ein derartiges Klagelied anhören, wohl nie zuvor war ein US-Präsident bereit es zu tun.

Ohne Ausnahme, alle Teilnehmer forderten die Wiederaufnahme von Kuba in die OEA.

Die Schlusserklärung

Als Entschuldigung brachten die Verantwortlichen vor, über die Schlusserklärung des Gipfels sei 18 Monate lang von den Aussenministern verhandelt worden. So sah die Erklärung auch aus, völlig ausser dem historischen Kontext. Vor 18 Monaten etwa konnte man sich nicht im Traum Obama als Präsidenten vorstellen.

Eine Erwähnung Kubas war nicht vorgesehen, fünf Länder weigerten sich von vornherein die Erklärung zu unterschreiben, auch andere waren inkonform. CNN informierte, einige Länder hätten die Erklärung nicht unterschrieben, was halt wieder einmal die Wahrheit verzerrt. Als Kompromiss bekam das Dokument nur eine einzige Unterschrift, die des Gastlandes Trinidad! Offizielle Erklärung: die Erklärung sei nicht einstimmig angenommen, wohl aber unter Konsens unterschrieben worden.

Kuba machte auch hier in den Medien Schlagzeilen, es gab aber auch andere gewichtige Argumente gegen die Schlusserklärung, welche unter den Tisch fielen: das Dokument plädiert für Privatisierungen im Energiesektor, erklärt die Unterstützung der OEA für den Weltwährungsfonds usw.

Einfluss der Vorurteile und Reaktionen

Nach dem 11.9. 2001 stützte Bush seine Popularität auf die Angst vor den Gespenstern, die er selbst an die Wand malte. Irak, Iran und die Achse des Bösen, Chávez in Venezuela, reale Probleme wurden zu Propagandazwecken masslos übertrieben.

Als ich zehn Jahre alt war, lebte ich in einer heilen und simplen Welt, in der die USA das gute Prinzip und die "Russen" das böse verkörperten⁵. Und dann gingen wir als Zwitter Sängerknaben am Rand des Truppenübungsplatzes Döllersheim spazieren, und unser Präfekt Pater Ferdinand begegnete einem Russen, mit dem er freundlich plauderte. Für mich fiel eine Welt zusammen: wie kann man mit so einem bösen Menschen, der für mich als Kind zumindest ein General war, so freundlich plaudern?

Einer ähnlichen Reaktion wird wohl die breite Öffentlichkeit in den USA mit diesem Gipfel ausgesetzt. War Fidel der reinste Teufel, so ist Chávez wohl der Oberteufel. In seiner Pressekonferenz zum Abschluss des Gipfels wehrte sich Obama gegen den Vorwurf, er hätte mit der Annäherung an Chávez strategische Interessen der USA verletzt. Und um die reale Gefahr aus Venezuela für die USA ins rechte Licht zu setzen, erwähnte er, dass das militärische Kräfteverhältnis USA : Venezuela bei 600 : 1 liegt. Schwer zu verdauen für einen US Bürger, der acht Jahre lang Bush zugehört hat.

Der republikanische Senator [John Ensign](#) erklärte für CNN "es sei unverantwortlich von Seiten des US-Präsidenten dass er sich lachend und scherzend mit einem der stärksten antiamerikanischen Anführer auf der ganzen Welt zeige", womit Chávez gemeint war. Es braucht wohl eine gewisse Zeit, um all diese primitiven Feindbilder zu übertünchen, die unter Bush propagiert wurden. Ohne Zweifel, Obama braucht Zeit.



Bereits vor Monaten wies Lula darauf hin, wie wichtig es sei, den Zirkel um Obama zu durchbrechen, bevor dieser davon ganz absorbiert werde. Und der Besuch Lulas in Washington kurz vor dem Gipfel war wohl ein erster Schritt. Lula ist für die USA ein glaubwürdiger Spieler auf dem internationalen Schachbrett, und da genügen wohl ein paar Worte, um ein warnendes Signal zu setzen, was die manipulierten Informationen über Venezuela und andere lateinamerikanische Länder betrifft.

Am ersten Tag war es in Trinidad Obama, der sich an Chávez annäherte, um ihn freundlich zu grüssen. Chávez antwortete ihm in seinem gebrochenen Englisch "I want to be your friend". Das Foto ging durch die Medien und der konservative Flügel in den USA kritisierte Obama hart über diesen ersten Schritt. Am zweiten Tag schenkte Chávez Obama das Buch "die offenen Venen von Lateinamerika" von Eduardo Galeano, ein Klassiker aus den Siebzigerjahren, der ein halbes Jahrtausend Ausbeutung dokumentiert. Obwohl auf dem Umschlag der Autor klar identifiziert ist, meinte Obama zuerst, es sei ein Buch von Chávez und dachte sogar daran, welches seiner Bücher er Chávez schenken könnte. Auch dahinter vermute ich ein Vorurteil: was sonst kann ein egozentrischer Mensch wie Chávez verschenken als seine eigenen Bücher⁶. Am dritten Tag plauderten Obama und Chávez bereits etwas ausführlicher. Im Gespräch mit Hillary konnte Chávez auf seine guten

⁵ Ich habe diese Anekdote bereits einmal früher erwähnt, in diesem Zusammenhang erlaube ich mir dieses Schlüsselerlebnis zu wiederholen

⁶ Das Buch stieg in Amazon sofort in die Bestsellerliste auf, ich kann es nur wärmstens empfehlen. In diesem Buch las ich in den Siebzigerjahren zum ersten mal über die theologische Diskussion ob so ein Untermensch wie ein Indio eine Seele haben könnte. Der Papst entschied damals erfreulicherweise zugunsten der Indios.

Beziehungen zu Bill Clinton hinweisen, das Problem war Bush und nicht die USA. Sie sprachen sogar über eine gemeinsame Aktion, um dem armen und hoffnungslosen Haiti etwas auf die Beine zu helfen.

Unter den letzten Tagen der Bush Regierung wurde der US Botschafter aus Bolivien wegen Subversion ausgewiesen. Bolivien bereitete über diese und ähnliche Aktivitäten vor einiger Zeit eine Dokumentation für die US-Regierung vor, ich weiss allerdings nicht, wo diese letztlich gelandet ist. Der bolivianische Aussenminister diskutierte diese Problematik in Trinidad persönlich mit Hillary, die ihm beteuerte, dass sie über diese Geschehnisse nicht am laufenden sei und sich dafür schämte. In der bolivianischen Version wird das Wort "vergüenza", Scham, verwendet, vielleicht handelt es sich um eine schlechte und übertriebene Übersetzung.

Obama und Hillary sind es wohl, die am meisten von diesem Gipfel beeindruckt wurden.

Das Mindestziel dieses Gipfels war es, den inneren Zirkel rund um Obama zu durchbrechen und Brücken herzustellen, dieses Ziel wurde weit übertroffen. Interessenkonflikte gibt es und wird es auch weiterhin geben, natürlich, aber wenn Querschüsse der Medien oder von bestimmten Beratern auftreten, bestehen jetzt geeignete Kanäle, um Richtigstellungen an eine geeignete Adresse zu leiten.

Aus Solidarität mit Bolivien hat auch Venezuela letztes Jahr den Botschafter aus den USA abberufen. Im Gespräch mit Hillary hat Chávez Roy Chaderton als neuen venezolanischen Botschafter vorgeschlagen, einen brillanten Berufsdiplomaten, der eine weitere Garantie für bessere Beziehungen darstellt.

Prognose für den 6. Amerikagipfel

Neben all seinen anderen Problemen muss Obama jetzt auch noch die Ergebnisse dieses Gipfels verdauen. Und der härteste Brocken ist wohl die Beziehung zu Kuba. Um ihn für die US-Bevölkerung etwas verdaulicher zu machen, betont er, dass Kuba seinen guten Willen mit Taten belegen muss. Der Tauprozess stellt Kuba sicher vor einige Probleme, aber wie dieser Prozess geführt wird, das haben die Kubaner zu bestimmen und nicht die USA. Die USA haben den Krieg gegen Vietnam verloren und dann diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen aufgenommen, ohne jegliche Vorbedingungen. Warum sollte es mit Kuba anders sein? Das weiß auch Obama. Andererseits muss er den neuen Prozess für seine Landsleute schmackhaft machen. Da auch Kuba an verbesserten Beziehungen interessiert ist, ist es seinerseits sicherlich zu versöhnlichen Schritten und einigen Zugeständnissen bereit.

Was immer passiert, wenn das Problem bis zum nächsten Amerikagipfel nicht gelöst ist, muss sich Obama irgendwo verstecken. Schlußstrich und neuer Anfang, aber *gibt mir etwas Zeit*, sein Argument auf diesem Gipfel kann er in drei Jahren wohl nicht mehr geltend machen.

Was offen bleibt

Pessimisten weisen seit Jahren auf diverse unüberwindliche Konflikte zwischen lateinamerikanischen Staaten hin. Sie übersehen, dass Lateinamerika gelernt hat, seine Konflikte selbst zu lösen. Das beste – aber nicht einzige - Beispiel war das Treffen der Gruppe von Rio, wo der Konflikt zwischen Kolumbien und Ecuador diskutiert wurde, live im Fernsehen übertragen. Am Schluss stand Chávez auf und zwang Uribe und Correa mehr oder weniger, sich die Hand zu geben – das widerwillige Gesicht von Correa hätten ihr sehen sollen! Aber dennoch: es mag romantisch klingen, aber es sah wie ein Familientreffen aus, wo man sich die Wahrheiten sagt, wo sich aber letztlich der Familiensinn durchsetzt. Es geht um einen psychologischen Effekt, der ganz Lateinamerika umfasst und der beim Gipfel mit Obama ohne Zweifel weiter verstärkt wurde. Erfreulicherweise haben wir hierzulande keinen Berlusconi und auch keinen tschechischen Kanzler. Lateinamerika wird bis jetzt nur am Rand von der Weltwirtschaftskrise betroffen, auch das bestätigt, dass der eingeschlagene Weg der Zusammenarbeit der richtige ist.

Der Ball der interamerikanischen Beziehungen ist klar auf Seiten Obamas. Die New York Times schreiben am 18.4:

Despite Major Plans, Obama Taking Softer Stands

President Obama is well known for bold proposals that have raised expectations, but his administration has shown a tendency for compromise and caution, and even a willingness to capitulate on some early initiatives. . . .

Obama ist bekannt für hochfliegende Erklärungen und vorsichtige Entscheidungen. Wird er auf die Dauer dem Druck des Systems und der Interessen Stand halten können?

Er wird weiterhin gelegentlich Entscheidungen treffen, die vielleicht allzu vorsichtig scheinen. So etwa wurde das Budget für die NED (National Endowment for Democracy) und USAID erhöht, beides Institutionen welche traditionell subversive Tätigkeiten im Ausland unterstützen.

Aber andererseits ist Obama klar über die eingeschlagene Richtung und es wird seinen Gegnern kaum gelingen, ihm das Rückgrat zu brechen. Was Lateinamerika betrifft, wird es mit den USA weiterhin Konflikte geben, das ist normal, jeder vertritt seine eigenen Interessen, aber es besteht auch die Bereitschaft, konstruktive Lösungen zu suchen – und die Verschiedenheiten anzuerkennen und zu respektieren.

Wir stehen vor interessanten Zeiten.

Die Grafik zeigt das Bruttonationalprodukt pro Einwohner der 34 am Gipfel vertretenen Staaten.

Das schwarze Haití war ein Pionier und hat seine Unabhängigkeit unter Petion bereits vor den ersten lateinamerikanischen Staaten erkämpft. Sein heutiger Rang als Schlusslicht mit Abstand in dieser Tabelle wird von manchen Kommentatoren als "Strafe" für seine damalige Verwegenheit interpretiert. Wieweit diese Behauptung vertretbar ist, weiss ich nicht.

Der letzte Präsident Aristide wurde unter Bush von US Truppen entführt (offiziell: unter US-Schutz gestellt) und nach Südafrika geschickt.

Im Kontrast zu den restlichen Ländern ist die derzeitige Lage von Haiti tragisch und schier aussichtslos.

